



Sprechzettel
der Ministerin für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen,
Yvonne Gebauer

TOP 6

**„Rückkehr zu G9 bis 2018 – Keine weiteren
Unsicherheiten und Verzögerungen auf dem
Rücken der Schulen“**

Antrag der Fraktion der AfD

Drs. 17/72

Stellungnahme der Landesregierung

Plenum

am 12. Juli 2017

– Es gilt das gesprochene Wort. –

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum G9-Antrag der AfD nehme ich seitens der
Landesregierung wie folgt Stellung:

Erstens: Die AfD will bereits zum Schuljahr
2018/19 zu G9 zurückkehren.

Die AfD verkennt dabei, dass eine so
tiefgreifende Umstellung vernünftig vorbereitet
und rechtlich wie schulfachlich abgesichert sein
muss.

So ist zunächst das Schulgesetz zu ändern, im
Weiteren sind die Ausbildungs- und
Prüfungsordnungen anzupassen, die
Verwaltungsvorschriften abzustimmen und
Lehrpläne zu überarbeiten, die – anders als die
AfD behauptet – eben für die ganz überwiegende
Mehrzahl der Fächer [mind. 20 von 25] **nicht** in
einer aktuell nutzbaren Form vorliegen.

Bei all diesen Arbeitsschritten sind **nicht nur** gesetzlich vorgegebene Beteiligungsverfahren durchzuführen und Fristen zu beachten. Im Interesse einer größtmöglichen Akzeptanz der neuen Ausrichtung der Gymnasien sollte im Vorfeld **auch** eine intensive Beteiligung der Betroffenen ermöglicht werden sowie im Nachgang eine adäquate Kommunikation der letztlich getroffenen Entscheidungen in Richtung der Gymnasien erfolgen.

Denn nur so können wir das erreichen, was wir gemeinsam wollen: eine sorgfältige und qualitativ abgesicherte Umsetzung vor Ort.

In dem Zeitrahmen, den sich die AfD vorstellt, ist dies nicht zu realisieren! An einer überhasteten und schlecht vorbereiteten Einführung haben weder die Betroffenen noch die Landesregierung ein Interesse.

Ein zweiter Punkt: Die AfD will eine generelle Rückkehr zu G9, ohne eine Option für G8 anzubieten.

Die AfD ignoriert dabei, dass es einen großen und nennenswerten Anteil von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrern gibt, die G8 positiv gegenüberstehen, die das eingesparte Jahr eben nicht als Tortur, sondern als Chance verstehen. Die NRW-Koalition sieht sich nicht in der Rolle, diese Menschen bevormunden zu wollen. Sie setzt darauf, dass die Betroffenen vor Ort selbst am besten wissen, was ihren Bedürfnissen entspricht. Deshalb geben wir ihnen die Freiheit, selbst zu entscheiden.

Ein dritter Punkt: Die AfD möchte auch alle Schülerinnen und Schüler in die Umstellung auf G9 einbeziehen, die zum 01.08.2017 in das Gymnasium eintreten.

Meine Damen und Herren,

dass es diesen Wunsch bei einigen Betroffenen gibt, kann ich durchaus nachvollziehen. Mit Blick auf die Einhaltung des Vertrauensschutzes für bereits im System befindliche Schülerinnen und Schüler sowie die schulfachliche Praktikabilität gibt es jedoch eine Reihe von Fragen, auf die wir Antworten geben müssen und geben werden, deren Umsetzung gründlich und sorgfältig vorbereitet sein will.

Auch in diesem Fall gilt: Qualität vor Tempo.

Ich danke Ihnen!